

N I E D E R S C H R I F T

über die 35. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach vom 26.02.2020 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Bürgermeister Frank Helmenstein

Mitglieder

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordnete Ute Fritz-Schäfer

Stadtverordneter Dirk Helmenstein

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Jakob Löwen

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Uwe Oettershagen

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordneter Björn Rose

Stadtverordnete Edith Katharina Roth

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordnete Christine Stamm

Stadtverordnete Claudia Stevenson

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Stadtverordneter Joachim Tump (ab TOP 9)

2. stv. Bürgermeisterin Helga Auerswald

Stadtverordneter Axel Blüm

Stadtverordneter Michael Franken

Stadtverordneter Sven Lichtmann

Stadtverordneter Bajrush Saliu

Stadtverordneter Uwe Schieder

Stadtverordneter Sivanujan Sivapatham

Stadtverordneter Benjamin Stamm

Stadtverordneter Torsten Stommel

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Stadtverordneter Christian Weiss
Stadtverordnete Silvia Weiss
Stadtverordneter Ercan Ates
Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha
Stadtverordnete Elke Wilke
Stadtverordneter Konrad Gerards
Stadtverordnete Sabine Grützmacher
Stadtverordnete Gabriele Müller
Stadtverordneter Reinhard Birker
Stadtverordnete Astrid Schumann
Stadtverordneter Gerhard Küppers

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit
Techn. Beig Jürgen Hefner
StVwD'in. Jenny Berkey
StRR'in. Sarah Lena Brühl
StOVR. Georg Hermes
Schriftführer StAR. Jörg Robach

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Volker Kranenberg
Stadtverordneter Jan Simons
Stadtverordnete Alona Thul
Stadtverordnete Jessica Gogos
Stadtverordneter Jürgen Gogos
Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Die Niederschrift führt: Jörg Robach

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:11 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Anträge
- TOP 2.1 Verzicht auf Plastik-Plakate bei der Kommunalwahl 2020
Vorlage: 04128/2020
- TOP 2.2 Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen
Vorlage: 04129/2020
- TOP 3 Vorbereitung der Wahl eines Integrationsgremiums nach § 27 GO NRW im
Rahmen der Kommunalwahlen am 13. September 2020
Vorlage: 04121/2020
- TOP 4 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz
(Verkaufsoffener Sonntag am 03.05.2020)
Vorlage: 04120/2020
- TOP 5 XIX. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Gummersbach vom
11.12.2003
Vorlage: 04094/2020
- TOP 6 I. Nachtrag zur Stellplatzablösesatzung der Stadt Gummersbach vom
26.02.2019
Vorlage: 04104/2020
- TOP 7 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Maßnahme "Rospevertunnelung"
Vorlage: 04111/2020
- TOP 8 IV. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in
der Stadt Gummersbach (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 01.12.2011
Vorlage: 04112/2020
- TOP 9 Mitteilungen - Statusbericht zum Thema Wohnen in Gummersbach

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 10 Vorlage der Aufstellung über die in 2019 ausgeübten Nebentätigkeiten von
Herrn Bürgermeister Frank Helmenstein
Vorlage: 04127/2020
- TOP 11 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 2

Anträge

TOP 2.1

Verzicht auf Plastik-Plakate bei der Kommunalwahl 2020

Vorlage: 04128/2020

Stv. Gerards stellt für die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag und begründet ihn:

„Der Rat der Stadt Gummersbach fordert die Parteien in Gummersbach auf, bei der kommenden Kommunalwahl auf Plastik-Plakate zu verzichten und wiederverwertbare Plakatträger zu nutzen.

Begründung:

Fast alle Parteien haben in der Vergangenheit für die Wahlwerbung Plastikplakate genutzt. Es wird für Klima- und Umweltschutz geworben, aber Plastikplakate aufgehängt. Dies ist ein Widerspruch in sich. Andere Plakatträger können 30 Mal genutzt werden, Plastikplakate landen nach der Wahl im Müll oder in der Natur und müssen kostenintensiv von den örtlichen Behörden entsorgt werden. Bei der letzten Europawahl sind mehr als 1,5 Milliarden Plastikplakate hergestellt worden.

In Zukunft sollten deshalb ausschließlich wiederverwertbare Plakatträger genutzt werden.“

Stv. Jansen schlägt die Verweisung des Antrages in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vor und bittet dort die Regelungen der Vergangenheit im Gesamtpaket zu betrachten und die Spielregeln für die anstehenden Wahlen festzulegen.

Stv. Lichtmann sieht in dem Antrag das richtige Signal zur richtigen Zeit, wird sich aber mit einer Verweisung einverstanden erklären, sofern dies auch von den Antragstellern gewünscht wird.

Stv. Birker spricht sich für die Entscheidungsfreiheit der Parteien aus und bewertet bei Papierplakaten die Notwendigkeit häufiger Nachplakatierungen als negativ gegenüber der Haltbarkeit eingesetzter Plastikplakate.

Stv. Dr. von Trotha weist auf den vor 10 Jahren von seiner Partei gestellten Antrag zur Nutzung einiger Großplakatwände hin, auf denen die Stadt gegen Berechnung der Kosten feste Flächen als einzig zugelassene Werbeflächen in Gummersbach zuweisen sollte. Dieser Antrag wurde mit breiter Mehrheit abgelehnt. Zur aktuellen Diskussion sieht auch er keinen Umweltvorteil von Papierplakaten, weil Haltbarkeit und Recyclingaufwand nicht im richtigen Verhältnis betrachtet werden. Trotz grundsätzlicher Ablehnung des Antrages erklärt er sich mit einer Verweisung einverstanden.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Stv. Gerards sieht großen Beratungsbedarf und erklärt sich mit einer Verweisung einverstanden. Insgesamt bewertet er die letztendliche Entscheidung als eine Entscheidung der Parteien.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat verweist den Antrag einstimmig zur Behandlung in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss.

Auszug: 2.1 / 3 / 8

TOP 2.2**Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen****Vorlage: 04129/2020**

Stv. Gerards stellt für die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Antrag und begründet ihn:

„Erstellung einer Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen von Speisen und Getränken zu erarbeiten, die zum sofortigen Verzehr und/oder Mitnahme/To-Go abgegeben werden.
2. Der Entwurf über eine Verpackungssteuersatzung auf Einwegverpackungen ist dem Gummersbach Rat in seiner nächsten Sitzung zum Beschluss vorzulegen.

Begründung:

Weggeworfene Einwegverpackungen stellen zunehmend eine Belastung für die Umwelt dar. Oftmals werden Sie nur wenige Minuten verwendet, anschließend landen sie in öffentlichen Mülleimern oder aber auf den Straßen, Plätzen und Grünflächen der Stadt. Die Unmengen an Einwegverpackungen bedeuten einen immensen Ressourcenverbrauch, sie belasten aber auch unseren kommunalen Haushalt.

Alternative Müllverminderungsstrategien, wie Mülltrennung, Recycling und Kompostierung gehen nicht weit genug. Grund ist, dass eine Mülltrennung im öffentlichen Raum praktisch nicht umzusetzen ist und auch eine Kompostierung von Biokunststoffen bringt bislang keine befriedigenden Ergebnisse. Um dieser Entwicklung verstärkt entgegen zu wirken, wird die Verwaltung beauftragt, eine Verpackungssteuersatzung zu erstellen. Ziel ist es, Einnahmen zum städtischen Haushalt zu generieren sowie die zunehmende Vermüllung des Stadtbilds durch im öffentlichen Raum entsorgte „to-go“ Verpackungen zu verringern und einen Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen zu setzen.

Seit dem 1. Januar 2019 gilt in Deutschland das neue Verpackungsgesetz, dass die alte Verpackungsverordnung abgelöst hat. Seither ist die Einführung einer kommunalen Abgabe auf Einwegverpackungen rechtmäßig. Der Stadt Gummersbach muss es ein wichtiges Anliegen sein, im Sinne der Abfallvermeidung und aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, die Einführung einer Verpackungssteuer zu ermöglichen.“

Stv. Jansen bewertet die Angelegenheit als zu prüfungsintensiv, als dass der Rat ohne Vorbereitung eine Diskussion in der nötigen Tiefe führen könnte. Auch die Vorlage eines Satzungsentwurfes bis Ende April sieht er vor diesem Erfordernis als nicht leistbar an und bittet um Verweisung in den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Stv. Blüm unterstützt für die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag grundsätzlich, begrüßt jedoch eine Verweisung in den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss mit dem Ziel einer Entscheidung im Rat spätestens am 30.09.2020.

BM. Frank Helmenstein begrüßt die mit dem Antrag verbundene Bewusstseinschärfung und berichtet über den immensen Aufwand für die Abfallbeseitigung alleine auf dem Steinmüllergelände. Er würde es begrüßen, wenn daraus Gespräche mit Handel und Gastronomie resultieren und wird die CityManagement GmbH entsprechend einbinden. Er bewertet allerdings die Steuerlast als bereits sehr hoch.

Stv. Gerards erklärt sich mit einer Verweisung unter dem Zieldatum 30.09.2020 für eine Entscheidung einverstanden und berichtet über eine in Tübingen eingeführte entsprechende Satzung.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat verweist den Antrag einstimmig zur Behandlung in den Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss.

Auszug: 2.1 / 4 / 8

TOP 3**Vorbereitung der Wahl eines Integrationsgremiums nach § 27 GO NRW im Rahmen der Kommunalwahlen am 13. September 2020
Vorlage: 04121/2020**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt erlässt die der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügte Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Gummersbach und beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Integrationsrates.

Dem bereits gebildeten Wahlausschuss für die Wahl zum Rat und zum Bürgermeister / zur Bürgermeisterin der Stadt Gummersbach für die Wahlperiode 2020 bis 2025 werden gem. § 4 Abs. 1 der Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates der Stadt Gummersbach die Aufgaben des Wahlausschusses für die Wahl des Integrationsrates übertragen.

Ferner empfiehlt der Rat der Stadt dem zu wählenden Integrationsrat den Erlass der der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Stadt Gummersbach.

Auszug: 2.1 / 2.2 / 3.3

TOP 4

Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenöffnungsgesetz (Verkaufsoffener Sonntag am 03.05.2020)

Vorlage: 04120/2020

Von Stv. Gerards auf die Diskussion im Hauptausschuss angesprochen, hält BM. Frank Helmenstein fest, dass eine verbesserte Anreise mit Bus und Bahn für den später geplanten Mobilitätstag vorgesehen ist und im Anschluss eine Ausweitung auf andere Veranstaltungen geprüft wird. Frau ResL Brühl weist in diesem Zusammenhang auf die bereits im Hauptausschuss gegebene Information hin, dass ein entsprechendes Angebot bis Anfang Mai nicht mehr realisierbar ist.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 26 Nein 10 Enthaltung 2

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach erlässt die der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügte Rechtsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Gummersbach am 03.05.2020.

Auszug: 2.2 / 3

TOP 5

XIX. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Gummersbach vom 11.12.2003

Vorlage: 04094/2020

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt den der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügten XIX. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung der Stadt Gummersbach vom 11.12.2003.

Auszug: 2.2 / 8

TOP 6

I. Nachtrag zur Stellplatzablösesatzung der Stadt Gummersbach vom 26.02.2019

Vorlage: 04104/2020

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den der Originalniederschrift als Anlage 5 beigefügten I. Nachtrag zur Stellplatzablösesatzung der Stadt Gummersbach vom 26.02.2019.

Auszug: 2.2 / 8

TOP 7

Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Maßnahme "Rospevertunnelung"

Vorlage: 04111/2020

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach stimmt der überplanmäßigen Bereitstellung von Haushaltsmitteln für das Investitionsprojekt 5.000327 „Rospevertunnelung“ mit einer Summe von bis zu 60.000 Euro zu

Auszug: 2.2 / 4

TOP 8

IV. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Gummersbach (Zweitwohnungssteuersatzung) vom 01.12.2011

Vorlage: 04112/2020

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt den Erlass des der Originalniederschrift als Anlage 6 beigefügten IV. Nachtrages zur Zweitwohnungssteuersatzung der Stadt Gummersbach.

Auszug: 2.2 / 4

TOP 9

Mitteilungen - Statusbericht zum Thema Wohnen in Gummersbach

Techn. Beig. Hefner gibt einen Überblick über das Thema Wohnen in Gummersbach.

Nicht öffentlicher Teil:

[...]

gez.
Frank Helmenstein
Bürgermeister

gez.
Jörg Robach
Schriftführung